

## Auszug - Zukunft der Grundschulen in Kronshagen

**Sitzung:** Sitzung der Gemeindevertretung Nr. 18/13

**TOP:** Ö 10

**Gremium:** Gemeindevertretung

**Beschlussart:** (offen)

Wortprotokoll

Beschluss

Abstimmungsergebnis

**Datum:** Di, 13.12.2016

**Status:** öffentlich/nichtöffentlich

**Zeit:** 19:00 - 22:20

**Anlass:** Sitzung

**Raum:** Sitzungssaal des Rathauses Kronshagen

**Ort:**

---

Herr Carstensen teilt mit, dass ihm kurz vor der Sitzung sowohl ein Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion FsK als auch der SPD-Fraktion und der UKW-Fraktion vorgelegt worden seien. Die beiden Anträge werden dem Protokoll angefügt.

Zum Antrag von CDU und FsK erklärt Herr Kahle, dass noch bis kurz vor der Sitzung an den Formulierungen gefeilt worden sei. Man wolle noch nicht über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule, Kinder und Jugend entscheiden, sondern im Vorwege die schriftlichen Stellungnahmen der beiden Schulkonferenzen einholen, um dann nach einer Vorbefassung im Ausschuss für Schule, Kinder und Jugend am 24.01.17 in einer neu einzuberufenden Sitzung der Gemeindevertretung am 31.01.17 endgültig über eine Zusammenlegung der Schulen zu entscheiden.

Herrn Lentsch trägt für die SPD und die UKW vor, dass sich die Gemeindevertretung zur Verantwortung des Schulträgers, allen Kindern in Kronshagen das gleiche Maß an Bildung zuteil werden zu lassen, bekennen solle. Die Verwaltung solle aufgefordert werden, eine belastbare Analyse der Situation an den Grundschulen mit Lösungsansätzen zur Beratung und Entscheidung im Ausschuss für Schule, Kinder und Jugend vorzulegen. Mit diesem Antrag solle die Zielsetzung der Antragsteller besser formuliert werden. Der alte Antrag, einen Arbeitskreis zu bilden, habe den unzutreffenden Eindruck erweckt, Zeit schinden zu wollen.

Über die schriftlich vorgelegten Anträge hinaus bittet Frau Rempe für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Beratungen zu verschieben. Sie halte es für notwendig, offene Fragen zu klären und alle Gemeindevertreter/innen auf den gleichen Kenntnisstand zu bringen. Dazu erklärt Frau Khuen-Rauter, dass sie zwar der Fraktion der Grünen angehöre, jedoch dem Antrag von CDU und FsK zustimmen werde, da sie davon überzeugt sei, nicht um eine Fusion der beiden Grundschulen herumzukommen.

Frau Paysen erklärt, dass sie nach den bisherigen Gesprächen und den Informationen aus den Fraktionen gut informiert sei und deshalb die Fusion der Grundschulen kurzfristig als notwendig erachte. Sie hoffe, dass sich ein gemeinsamer Weg finden ließe.

Frau Linfoot erinnert an die vielfältigen Gespräche mit Elternvertretern und Lehrerkollegien sowie

die Informationsveranstaltung mit der Schulaufsicht im Bürgerhaus. Nun müsse man im Sinne aller Kinder in Kronshagen zum Konsens kommen. In einem weiteren Schritt wolle man die Stellungnahmen der Schulkonferenzen abfragen, so dass diese ihre Probleme nochmals anschaulich darstellen könnten. Vor einer Beschlussfassung würden diese gegeneinander abgewogen und eine Entscheidung getroffen werden können. Vor dem Hintergrund der von der Schulaufsicht dargestellten Möglichkeiten erscheine ihr aber nur eine Fusion beider Schulen möglich.

Herr Schall bestätigt die enge Abstimmung zwischen den Fraktionen, insbesondere innerhalb der Fraktionen, die jeweils eigene Anträge gestellt hätten. Als Kernproblem sehe er die Vorfestlegung, besser sei es, mehr Menschen auf den Weg mitzunehmen und eine breitere Akzeptanz zu erhalten. Am Ende würde jedoch auch er eine Fusion beider Schulen nicht ausschließen.

Auch Frau Rempke hält die Fusion für denkbar, möchte den Prozess aber noch nicht abschließen.

Frau Neiser sieht keinen gemeinsamen Prozess und verweist auf die unterschiedlichen Wissensstände der verschiedenen Gemeindevertreter/innen, je nach dem ob sie an Gesprächen teilgenommen hätten oder nicht. Herr Carstensen erläutert dazu, dass der Prozess zwischen den Fraktionsvorsitzenden abgesprochen worden sei, wobei diese es übernommen hätten, ihre Mitglieder zu informieren. Frau Graetsch bemängelt das Fehlen einer Vorlage, die eine Abstimmung unter den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern ermöglicht hätte.

Es schließt sich eine längere und kontroverse Diskussion zwischen Zuhörer/innen und Gemeindevertreter/innen an. Eltern der Eichendorff-Schule, insbesondere Herr Neiser, Herr Bolten und Frau Schneider bemängeln den vorgesehenen Zeitplan als unnötige Hektik, stellen die Fusion als unpassend für die als problembehafteten ersten und zweiten Klassen der Brüder-Grimm-Schule dar und fordern die Beteiligung von Experten zur weiteren Lösungssuche.

Frau Graetsch bekräftigt den Vorwurf, dass die für Ende Januar 2017 vorgesehene Entscheidung in der Gemeindevertretung den Schulen viel zu wenig Zeit lasse. Herr Heintze unterstützt den Wunsch der Eltern, weitere Wege zur Lösung von Problemen zu suchen. Man habe sich zu früh auf eine Fusion festgelegt, ohne Fakten zu kennen.

Eltern aus der Brüder-Grimm-Schule verweisen auf die Dringlichkeit, zu einer Lösung zu kommen. Vor dem Hintergrund der für das kommende Schuljahr vorliegenden 33 Anmeldungen könne nur eine Fusion in Frage kommen. Mit dem Lehrerkollegium der Brüder-Grimm-Schule seien kompetente Fachleute beteiligt gewesen. Frau Bach erinnert daran, dass sie bereits vor vier Jahren alle Fraktionen über die sich deutlich abzeichnenden Probleme informiert habe. Zu dem Zeitpunkt habe die Gemeindevertretung jedoch noch abwarten wollen.

In der anschließenden Beratung zwischen den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern sieht Frau Rempke eine breite Sympathie für eine Fusion als Lösung der anstehenden Problematik, hält aber eine weitere Beratung vor einem Beschluss für notwendig. Auch Herr Schall bestätigt die

Position der SPD-Fraktion, dass eine Fusion am Ende des Prozesses zwar als möglich angesehen werde, das Verfahren jedoch vorerst ergebnisoffen fortgeführt werden müsse.

In dem Bestreben, innerhalb der Gemeindevertretung breitere Unterstützung für den Antrag von CDU und FSK zu erreichen, werden einige Formulierungen angepasst.

Nachdem klar ist, dass es keinen einheitlichen Antrag geben wird, wird über den Antrag von UKW und SPD abgestimmt:

Die Gemeindevertretung bekennt sich zu der Verantwortung des Schulträgers, allen Kindern in Kronshagen das gleiche Maß an Bildung zuteil werden zu lassen. Die Verwaltung wird daher aufgefordert, kurzfristig eine belastbare und anhand von Zahlen hinterlegte Analyse der an den Grundschulen derzeit bestehenden Problemlagen vorzunehmen und dem Ausschuss für Schule, Kinder und Jugend - ggfs. unter dem Aufzeigen möglicher Lösungsansätze - zur weiteren Beratung und Entscheidung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:** 7 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Nachdem dieser Antrag keine Zustimmung gefunden hat, fasst die Gemeindevertretung folgenden

**Beschluss:**

Die gemeindlichen Gremien diskutieren aktuell eine Zusammenlegung der beiden Grundschulen Brüder-Grimm-Schule und Eichendorff-Schule zu einer neuen "Grundschule Kronshagen".

Die Gemeindevertretung beauftragt den Bürgermeister der Gemeinde Kronshagen, vor einer Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung die Schulkonferenzen der beiden Grundschulen zur schriftlichen Stellungnahme über eine Bildung einer gemeinsamen Grundschule aufzufordern. Die Stellungnahmen sollen bis zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Kinder und Jugend am 24.01.17 vorliegen. Über eine Zusammenlegung wird in einer Sondersitzung der Gemeindevertretung am 31.01.17 entschieden.

Der Haupt- und Finanzausschuss wird gebeten, ggfs. erforderliche Finanzmittel über einen Nachtragshaushalt für die Neugründung der Grundschule Kronshagen bereit zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**


Ja-Stimmen : 15


Nein-Stimmen : 7

Enthaltungen : -

**Anlagen:**

Nr. Status Name

 1 (wie Dokument) Antrag CDU, FSK 12.12.16 (47 KB)

 2 (wie Dokument) Antrag UKW, SPD 12.12.16 (29 KB)